

Die 'Freiheit' erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei jeder Bestellung ins Haus für Groß-Berlin oder bei direktem Postweg ohne Bestellgebühr monatlich 2,50 M., bei Zustellung unter Streifenband 4,50 M. Die 'Freiheit' ist in den ersten Nachtrag der Postpreisliste für 1919 eingetragen. Redaktion: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Druckerei: Amt Norden 2895 und 2896.

Interesse sollen die achtgepalt. Nonpareilzeile oder deren Raum 1,20 M., Wortanzeigen das festgedruckte Wort 50 Pf., jedes weitere Wort 25 Pf. Teuerungszuschlag 50 Proz. Familien- und Verfallungsanzeigen fällt der Zuschlag 100%. Inserate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein.

Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19
Druckerei: Amt Norden 2895 und 2896

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die deutschen Gegenanschläge.

Die Besprechungen in Spaan.

Spaan, 23. Mai.

Heute fanden in Spaan im Hotel der Waffenstillstands-Kommission die Besprechungen zwischen den deutschen Ratsmitgliedern unter Führung des Ministerpräsidenten und der deutschen Delegation aus Versailles statt. In voller Übereinstimmung wurde der Wortlaut der deutschen Gegenanschläge festgestellt. Morgen, Sonnabend, werden die Versailler Finanzdelegierten mit dem Reichsfinanzminister die Einzelheiten der finanziellen Vorschläge zum endgültigen Abschluß bringen. Die Ueberreichung der Gegenanschläge, die ungefähr einen Umfang von 80 Schreibmaschinen-seiten haben, wird in Kürze erfolgen. Die Minister und die Delegation sind heute Abend wieder nach Berlin und Versailles zurückgekehrt.

Zwei neue Antworten

Der Völkerbund.

Paris, 23. Mai (Havas).

Auf die Note des Grafen Brockdorff-Rantzau betreffend die deutschen Vorschläge für den Völkerbund antwortete Clemenceau: Die Kommission der alliierten und assoziierten Mächte hat diese Vorschläge geprüft, deren Bestimmungen im allgemeinen erfüllt werden können, wenn der Völkerbund endgültig konstituiert ist. Die Kommission beschloß sich heute darauf, die Aufmerksamkeit auf eine Anzahl Punkte zu lenken. Sie ist der Ansicht, daß die im Vertrag enthaltenen Vorschläge, die lange erörtert sind, praktisch sind, als die der deutschen Regierung, und daß sie besser geeignet sind zur Errichtung des Völkerbundes. Die Kommission stellt mit Befriedigung fest, daß Deutschland dem Völkerbund wohlgesinnt gegenübersteht, sie teilt aber die Auffassung der deutschen Vorschläge nicht und unterbreitet eine Anzahl Bemerkungen, die hierauf beigefügt werden.

Die wirtschaftlichen Bestimmungen.

Paris, 23. Mai (Havas).

Die Antwort der Alliierten auf Brockdorff-Rantzaus Note vom 13. über die wirtschaftlichen Bestimmungen erklärt, die in der Note enthaltenen Beschwerden bezüglich der Verbringung, der Schiffahrt, der Kohlen, der Blockade usw. seien übertrieben. Deutschland müsse sich vornehmlich bemühen, daß es aus dem Unglück, das über die ganze Welt gekommen und für das es hauptsächlich verantwortlich sei, nicht ohne Einbuße hervorgehen könne.

Die französischen Sozialisten gegen einen Gewaltfrieden.

Unsere französischen Genossen üben fortgesetzt scharfe Kritik an den Friedensbedingungen der Entente. So fordert Marcel Cachin in der 'Humanité', daß den Deputierten und der Delegation Frankreichs der vollständige Wortlaut des Friedensvertrages, und nicht nur ein bloßer Auszug, vorgelegt werde. Er beschließt sich weiterhin mit der ersten Zusammenkunft der sozialistischen Fraktionen, in der von allen Gruppen zu den Friedensbedingungen Stellung genommen wurde, und sagt:

Es war besonders tröstlich, schon bei dieser ersten Zusammenkunft die Einigkeit der Meinungen bei allen denen zu konstatieren, die sehr zahlreich an der Diskussion teilnahmen. Wir waren einig zu versichern, daß der Friede, den die Völker erwarten, derjenige sei, der am besten alle zukünftigen Kriegsgründe beseitigt: Das sei der ausschlaggebende Gesichtspunkt, die Bedingungen zu beurteilen, die uns vorgelegt sind. Die gleiche Einigkeit in der Zurückweisung der blödsinnigen Unterstellungen der reaktionären Presse, die uns schon jetzt vorwirft, daß wir uns einzig von der Sorge leiten ließen, Deutschland zu retten. Man möchte ohne Zweifel das chauvinistische Märchen wieder zu Ansehen bringen, daß die Verteidiger eines gerechten Friedens daran arbeiten, das besiegte Deutschland von seinen Verpflichtungen Frankreich gegenüber zu befreien. Wir waren alle einig in der Erkenntnis, daß der Friede, dessen Grundforderungen wir hundertmal festgelegt haben, der einzig für unser Land günstige war, der einzige, der für Frankreichs Zukunft sorgte, der einzige, der der europäischen Lage Rechnung trug.

Es ist uns angenehm, hier die Gefühle der Einigkeit feststellen zu können, die sich unter diesen schwierigen Umständen bestätigt haben. Die Resolution, die unsere Kommission den Parteien und dem ganzen Lande vorzulegen im Begriff ist, wird ein Akt von außerordentlicher Rückwirkung sein. Möchte sie doch uns alle vereinen können, was auch immer unsere Meinungsverschiedenheiten sein mögen, und unsere unglückselige Uneinigkeit. Niemals während seiner ganzen Geschichte hat der französische Sozialismus eine so wichtige Entscheidung treffen müssen.

Unter dem Titel 'Bittere Enttäuschung' unterzeichnet Paul Mirral in der 'Humanité' vom 20. Mai die Friedensbedingungen einer vernichtenden Kritik. Er kommt zu dem Schluß:

Welch eine grausame Enttäuschung für alle Völker! Welch eine Lehre zu gleicher Zeit! Am zu den härtesten Opfern zu überreden, hatte man von dem 'Krieg des Rechts', von einem 'Frieden der Gerechtigkeit' und von Wahrung gesprochen. Der von der Entente vorbereitete Friedensvertrag ist die völlige Verneinung alles dessen, was wir erhofften. Frankreich und die ganze Menschheit werden seine schrecklichen und unvermeidlichen Folgen erleiden müssen. Wenn nicht der internationale Sozialismus stark genug ist, um die Revision des Friedens durchzuführen, den die kapitalistischen und imperialistischen Regierungen auf verbrochener Weise verpfuscht haben.

Die deutschen Sozialisten haben zuerst gegen die französischen Sozialisten den Vorwurf erhoben, daß sie nicht eifrig genug die Gewaltabsichten der Regierung bekämpft hätten; später wurde von ihnen höhnisch behauptet, daß unsere französischen Genossen gar nicht die Macht hätten, um dem Imperialismus der Alliierten mit Erfolg zu bekämpfen. Wären die deutschen Sozialisten damals, als in Vrest-Bitowik und Bukarest die deutsche Generalstaatsrat die Friedensschlüsse bestimmte, wenigstens ebenso energisch aufgetreten, wie es heute die französischen Sozialisten tun, es stände wahrscheinlich besser um uns!

Ein Protest der I. L. P.

Amsterdam, 23. Mai.

'Der Volk' veröffentlicht den Wortlaut eines den verschiedenen Sektionen der Internationale zugesandten Protestes der englischen unabhängigen Arbeiterpartei gegen die Friedensbedingungen. Der Protest lautet:

Die Parteileitung der unabhängigen Arbeiterpartei weist die Bedingungen des Friedensvertrages, der mit Unrecht diesen Namen führt, und den die Alliierten der deutschen Republik vorgelegt haben, auf das energischste zurück. Diese Bedingungen tun den Grundlagen des Waffenstillstandes Gewalt an. Sie widersprechen allen öffentlichen Erklärungen über die Kriegsziele der Alliierten. Sie enthalten die wahren Absichten der Alliierten und die Gründe für die Verlängerung des Krieges, die die vollständige Vernichtung Deutschlands sowohl in politischer als auch wirtschaftlicher Hinsicht zum Ziele hatte und daher zur Zerarmung ganz Europas führen wird. Die Bedingungen bedeuten nicht das Ende des Militarismus, sondern stärken dieses System noch in den alliierten Ländern. Die Bedingungen lassen erkennen, daß der militärische Sieg alles verdrängt hat, worauf die Völker gehofft hatten, als der Krieg von ihnen unsägliche Opfer forderte. Die Bedingungen bedeuten die vollständige Verleugnung der Demokratie und den Verrat an ihr. Der Vertrag ist ein kapitalistisch-militärisch-imperialistischer Akt. Er vergrößert all das Uebel, das vor 1914 bestand. Er gibt der Welt nicht den Frieden, sondern führt sicher zu neuen, furchtbareren Kriegen.

(Eigene Drahtnachricht der 'Freiheit')

Amsterdam, 23. Mai.

In einer Konferenz der französischen sozialistischen Kammerfraktion widersetzte sich die große Mehrheit der Redner gegen die Zustimmung des Friedensvertrages. 'Daily Herald' schreibt, nur eine sozialistische deutsche Regierung könnte unter Protest den Friedensvertrag unterzeichnen und auf eine Revision durch den Sieg der westlichen Demokratie hinwirken, nicht aber die Regierung Scheidemann, die eine gegenwärtige Verneinung von allem und Neuem ist, die zudem von der alten herrschenden Klasse und der alten Diplomatenkunst gehalten hat, um eine derartige mutige Politik konsequent durchzuführen.

Die größten Härten.

Von Prof. Dr. C. Ballo.

Die Friedensbedingungen sind furchtbar. Am härtesten mutet uns der Verlust der Ostmark, der Verlust einer deutschen Bevölkerung von 3 Millionen an.

Der Hauptgrund aller heutigen Uebel ist die unklare und unpräzise Fassung der Waffenstillstandsbedingungen, für die wir in erster Linie uns bei Herrn Erzberger zu bedanken haben. Hätte Herr Erzberger zu dem Kapitulationsparagrafen über die Abtretung aller 'unzweifelhaft polnischen Gebiete' eine Definition erbeten, wäre dann die Definition dahin gegangen, daß alle Gebiete mit über 50 Prozent Polen zu Polen kommen sollten, dann hätten wir kaum halb so viel abzutreten.

Hast noch schlimmer als die Ostmarkenabtretung ist die Hundert-Milliarden-Forderung der Entente. Und diese Bestimmung wird auch kaum je durchgeführt werden können. Man kann nicht auf die Dauer ein Siebzehn-Millionenvolk in eine Sklavensklave verwandeln, der man unbegrenzte Forderungen zumuten darf. Doch wir nach Bezahlung der 100 Milliarden uns auf weitere unbegrenzte Forderungen gefaßt machen sollen, mit das Diktum der Entente fordert, ist eine Ungeheuerlichkeit, die nur durch ihre Dummheit übertroffen wird. Welcher Mensch, welches Volk soll dann noch arbeiten und schaffen, wenn es, wie es mehr es leistet, zu desto höheren Anforderungen für harte Sklavensklaven herangezogen werden soll?

Aber sollte denn da ein sachgemäßes Verhandeln so ganz aussichtslos sein? Man kann doch zunächst geltend machen, daß im Waffenstillstandsvertrage nur eine Entschädigung für die sachlichen Schäden in den von den Deutschen besetzten Gebieten vorgesehen war, nicht auch eine Entschädigungszahlung an die Kriegsinvaliden, -witwen und -waisen, wie sie das Diktum der Entente verlangt.

Die sachlichen Schäden in Nordfrankreich und Belgien würden, einschließlich der von den Belgier erhobener Kontributionen, mit je 10 Milliarden Goldmark sicher zu begleichen sein. Für die 9 Millionen Tonnen an versenkter feindlicher Schiffstonaue hätten zunächst die 4 1/2 Millionen an deutschem Schiffstamm auszukommen, für den Rest vielleicht, einschließlich Ladung, 10 Milliarden Goldmark. So käme man für die sachlichen Schäden auf 30 Milliarden Goldmark. Wenn nun die Entente unter keinen Umständen von der Gincininterpretation der Personal Schäden abgeht, dann müßte zunächst festgestellt werden, wieviel die französische und englische Regierung noch den bisher geltenden Bestimmungen für die Kriegsinvaliden bezahlt. Es ist unwahrscheinlich, daß dieser Betrag auch nur 2 Milliarden Goldmark jährlich erreichen wird. Nimmt man diesen Betrag als Ausgangspunkt für die Berechnung, so würde sich die kapitalisierte Schadenssumme auf weniger als 40 Milliarden, vielleicht 30-35, belaufen, denn die Schadenszahlungen verringern sich ja mit der Zeit; die Invaliden und Witwen sterben ab, die Waisen wachsen heran. So käme man dann allerhöchstens auf 30 Milliarden für Sachschäden, 35 für Personal Schäden, zusammen 65, und nicht auf 100 Milliarden plus weitere beliebige Auflagen. Auch 65 Milliarden Goldmark, einschließlich heutiger 200 Milliarden Papiermark, sind für den bürokratischen Staat eine beinahe unerreichbare Summe, namentlich wenn der deutsche Handel, die deutsche Ausfuhr in der Weise schikanieren werden, wie es in dem Friedensvertrage vorgesehen ist. Der soziale Staat könnte sie außer Acht lassen aufbringen, wenn er eine mehrjährige 'vaterländische Arbeitspflicht' einführt; es muß natürlich auch damit gerechnet werden, daß die Weltrevolution, die uns eine Erleichterung der furchtbaren Härten bringen könnte, länger auf sich warten läßt und vorläufig die Entente-Imperialisten am Ruder bleiben.

Bezüglich der an die Polen abzutretenden Gebiete müßten natürlich weitere Unterhandlungen stattfinden. Es wäre dann allerdings dazu notwendig, daß die deutschen Unterhändler über deren wirtschaftlichen Wert auch genau informiert sind, und nicht mit solchen Ungenauigkeiten operieren, wie das der Reichswirtschaftsminister Wissell in der Sitzung des Friedensausschusses vom 17. Mai getan hat. Herr Wissell besitzert den Gesamtverlust der abzutretenden Fläche auf 25 Prozent von der Gesamtfläche des Deutschen Reiches. Wie ist er dazu gekommen? Welche

Bevölkerung, Prozentsatz der nichtdeutschen Bevölkerung der Provinz:

	qkm	Bevölkerung Tausend	% der Polen
Wang Westpreußen	25 555	1700	85
Wang Posen	28 992	2100	61
Reg.-Bez. Oppeln	13 290	2200	56,5
Reg.-Bez. Allenstein	12 090	540	48
	79 797	6540	

Dies ist noch zu hoch gerechnet, da ja einige Randgebiete Deutschland verbleiben sollen. Tatsächlich dürften nur rund 75 000 qkm mit 6 Millionen Bewohnern in die abzutretende Zone (einschließlich der Volksabstimmungsgebiete in Ostpreußen) fallen. Dazu kommt noch als Nebenverlust Elb-Lothringen mit 14 522 qkm und 1,87 Millionen Bewohnern, das Saargebiet mit 3000 qkm und 1/2 Millionen Einwohnern, das Pommerngebiet mit 1000 qkm und vielleicht 100 000 Bewohnern. Unsicher ist der Anteil an Schlesien, der uns verloren gehen soll. Die dänische Regierung selbst denkt anständig: Sie will nur die wirklich dänischen Teile. Das würde bei den 136 000 Dänen, die Schlesien 1910 aufwies, vielleicht einen überwiegend dänischen Landesteil von 3000, höchstens 4000 qkm ausmachen und eine Abtrennung von höchstens 300 000 Bewohnern. Also wäre der Gesamtverlust, falls wir tatsächlich auch Allenstein verlieren, zu hoch mit 75 000 + 14 522 + 1000 + 3000 + 4000 = 97 522 qkm gleich etwa 18 Prozent und nicht 25 Prozent der Fläche des Deutschen Reiches.

Noch größere Fehler begeht Bissell bei der Darstellung der landwirtschaftlichen Produktion der abzutretenden Gebiete. Er behauptet, die Brotgetreideerzeugung hätte im Frieden 45 Prozent von der Gesamterzeugung des Deutschen Reiches betragen, ohne Ostpreußen 35 Prozent. Wie ist Bissell zu solchen Behauptungen gekommen? Tatsächlich betrug 1913 die Erzeugung der abzutretenden Gebiete, wenn wir Posen, Westpreußen und Oppeln voll rechnen, für Schlesien ein Fünftel als in die abzutretende Zone fallend ansehen, erst 20,4 Prozent von der Gesamterzeugung des Deutschen Reiches, nämlich rund 2,5 von 12,2 Millionen Tonnen. Die Bevölkerung betrug 13,8 Prozent. Also haben die abzutretenden Gebiete eine Brotgetreideerzeugung, die relativ fast um 50 Prozent höher war als im Reich; es würden dem Reich theoretisch 6,6 Prozent Brotform fehlen. Die Vorkriegserzeugung bemisst sich für 1913 mit 16,6 Prozent, nicht mit 20 Prozent, wie Bissell sagt, die Vorkriegserzeugung allerdings 22 Prozent (bei Bissell 23 Prozent). Nur bei Kartoffeln und Futterrüben bringt Bissell annähernd richtige Zahlen (je 25 Prozent, in Wirklichkeit bei Kartoffeln sogar 26,6 Prozent). An Kindern enthielten die abzutretenden Gebiete 16,3 und nicht 20 Prozent (3,43 von 21 Millionen), an Schweinen 16 und nicht 19 Prozent. Welcher junge Mann, davon, welcher Geheimrat mag Bissell die betreffenden Zahlen geliefert haben? Damit kann man wohl vor dem deutschen Volke paradiere, nicht aber vor den Unterhändlern der Entente, die ihre besten Statistiker und Nationalökonomien mitgebracht haben.

Den Wert der in den abzutretenden Gebieten vorhandenen 647 000 ha Staatswaldungen hat Herr Bissell zu 3000 Millionen Mark angegeben. Aus dem Statistischen Jahrbuch für den Preussischen Staat läßt sich der Jahresertrag zu nur 24,6 Millionen Mark errechnen. Das würde zu nur 2 1/2 statt zu 5 Prozent kapitalisiert, einen Wert von nur 1000 Millionen Mark ergeben. Bezüglich der Kohle bezog sich Herr Bissell über die 43,8 Millionen Tonnen an die Entente abzuliefernde Kohle und meint, diese Kohlenlieferung wäre unmöglich, weil wir ohnehin von der 191,5 Millionen Tonnen Kohlenproduktion des Reiches 60,8 Millionen Tonnen verlieren (17 mit dem Saargebiet, 43,4 mit Oberschlesien). In der Tat, wenn man mit Bissell rechnet, daß die restierende Produktion von 130 Millionen Tonnen auf 16 Prozent = 91 Millionen Tonnen zurückgehen wird, kann man mit Leichtigkeit zum Schlusse kommen, daß uns sogar noch 4,1 Millionen Tonnen zur Deckung des Inlandsbedarfes fehlen werden, der noch Bissell 26 Millionen Tonnen betragen soll. Nun, wenn erst unsere Bevölkerung wieder, wenn der deutsche Arbeiter besser ernährt ist, wird sich schon die alte Arbeitsleistung wieder einstellen, und da kommt doch alles darauf an, daß wir mehr Arbeiter in den Kohlenwerken beschäftigen, mehr produzieren. Denn die 43 Millionen Tonnen abzuliefernde Kohle sollen ja nicht umsonst abgeliefert werden, sondern es sollen dafür eine Liste Kohlenpreise an gerechnet werden dürfen. Also die zur Zeit etwa 20 Mark für die Tonne betragende Kohle würde man aus der abzuliefernden Menge von 43,8 Millionen Tonnen doch bereits etwa 1300 Millionen Mark à conto der Kriegskosten anrechnen erhalten.

Neuerst übel ist die Molkereierzeugung von 140 000 Milchkuhen. Der Bestand Preußens an Milchkuhen ist bis 1. März des Jahres von 6 Millionen Stück vor dem Kriege auf 4,4 Millionen zurückgegangen, ohne den Viehbestand von 32 Kreisen, für die er nicht festgestellt werden konnte (annäherungsweise etwa 0,2 Millionen). Nun enthalten die abzutretenden Gebiete im Osten allein etwa rund 1 Million Milchkuhe (Alleinstein über 100 000, Westpreußen 296 000, Posen etwa 400 000, Oppeln nahezu 200 000); die abzutretenden im Westen (Elb-Lothringen und Saargebiet, sowie 1/2 von Schlesien) dürften mindestens weitere 250—400 000 Milchkuhe enthalten. Insgesamt dürften uns so fast 1,4 Millionen Milchkuhe fehlen, etwa 1/3 Millionen mehr als im Prozentfuß der abzutretenden Bevölkerung entspricht. Da noch weitere 140 000 abzugeben, wäre in der Tat äusserst hart. Zum mindesten müßte also versucht werden, auszumachen, daß die abzuliefernden Milchkuhe den im Osten abzutretenden Ueberflußgebieten entnommen werden. Wird allerdings für die Einfuhr genügender Mengen an Delfischen und Delfstrüthen für den Herbst gewährleistet (wir bräuchten im Laufe des Winters mindestens 1—1 1/2 Mill. Ton.), so könnte allenfalls noch der Verlust vermindert werden. 140 000 Milchkuhe werden bei der heutigen Ernährung kaum je 1200—1500 Liter geben, zusammen höchstens 210 Millionen Liter — eine Einfuhr von 1/4 Millionen Ton. Delfischen würde diesen Ausfall wettmachen. Die Schwierigkeiten beginnen natürlich bei der Finanzierung der Einfuhr — ohne eine große Anleihe im neutralen Ausland für die Beschaffung der Lebensmittel können wir nicht herum, und da muß doch die Möglichkeit belassen werden, für eine solche Anleihe Pfandpfänder bieten zu können. D. h. einen Teil der Staatsbahnen, es dürfen nicht alle Einnahmen für die Bezahlung der Kriegskontribution mit Beschlag belegt werden! Es kommt also sehr darauf an, weiter zu verhandeln und sachgemäß

Gründe ins Feld zu führen. Ob die Bankiers und Interessenten, auf die sich heute die deutsche Regierung verläßt, das können, ist zum mindesten fraglich! Die amerikanischen Sachverständigen, die Wilson mitgebracht hat, sind die Erfahrung hat Schreiber dieses selbst gemacht, sachgemäßen Gründen durchaus zugänglich — allerdings nicht Argumentationen à la Bissell.

Ein Manifest des englischen Friedensrats.

Amsterdam, 21. Mai.

Die englischen Wähler vom 21. Mai veröffentlichten ein Manifest des nationalen Friedensrates (national peace council), in dem der Friedensvertrag demorfen wird, weil er dem republikanischen und revolutionären Deutschland eine Behandlung zuteil werden läßt, wie sie einem militärischen Hohenzollern-Deutschland gegenüber nicht schämmer hätte sein können, und dies trotz der vielen Erklärungen während des Krieges, daß die Alliierten nicht gegen das deutsche Volk kämpften, sondern gegen eine militärische und imperialistische preussische Tyrannei. Der Friedensvertrag müßte als Instrument für eine dauernde Regelung von jedem Demokraten, Pazifisten und Internationalen zurückgewiesen werden.

Noch einer, der den Mund halten soll.

Nun hat auch Herr Helfferich gesprochen. Am Freitag nachmittag hielt er den Mitgliedern eines Berliner Fabrikanten- und Großhändler-Verbandes einen Vortrag über die Friedensbedingungen der Alliierten. Er meinte, daß der Friedensvertrag eigentlich ein Kriegsvertrag sei. Allein was für die Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen für die Entente zu zahlen sei, würde kapitalisiert 200 Milliarden ausmachen, das sei fast so viel wie das ganze Privatvermögen in Deutschland vor dem Kriege. Sie seien also — so rief Helfferich aus — wo bin die Reize geht. Man müsse sehr optimistisch sein, anzunehmen, daß wir in 50 Jahren die zurückbliebenen Kosten dieses Friedens abgezahlt haben würden. War diesen Vertrag unterschreibe, dessen Hand solle verdorren. Möge es kommen wie es wolle, unter diesen Bedingungen keine Unterschrift.

Herr Helfferich ist der letzte, der sich über die Forderungen der Entente und die Folgen eines Gewaltfriedens entrißten darf. Er hat durch seine falschen Angaben über die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Englands, die dazu beigetragen haben, daß wir den Schaden des U-Bootkrieges erlebten, den Krieg so lange verlängern helfen, bis Deutschland zusammensinken mußte. Er stand stets an erster Stelle in der Reihe der Kriegshetze, er war einer der Hauptbeteiligten bei den Generalstreiken von Preußen und Danemark. Dieser Mann sollte endlich den Mund halten!

Eine Demonstration gegen das Urteil im Liebflecht-Eugenburg-Prozeß.

Dem „Vorwärts“ wird aus Kiel vom 23. Mai gemeldet:

Gestern mittag um 1 Uhr veranstaltete die Arbeiterschaft von Groß-Kiel eine machtvolle Kundgebung gegen das Urteil im Liebflecht-Eugenburg-Prozeß. Punkt 12 Uhr mittags versammelten sich Arbeiter sämtlicher Betriebe geschlossen die Arbeit und zogen nach dem großen Wilhelmplatz, wo Redner aller drei sozialistischen Parteien Ansprachen hielten. Etwa 10 000 Personen nahmen an dieser Demonstration teil. Eine gemeinsame Entschließung unserer Partei und der Unabhängigen, worin gegen das Urteil protestiert, die Abschaffung der Militärgerichtsbarkeit gefordert und die Einigung des Proletariats gefordert wurde, fand einstimmige Annahme. Die Kommunisten, die auf demselben Platze etwas abseits logten, hielten massives Reden gegen die Regierung Ober-Scheidemann, proklamierten die Diktatur des Proletariats und lehnten Einigungsbestrebungen ab. Die Veranstaltung verlief ohne Zwischenfälle.

Der „Vorwärts“ drückt diese Meldung ohne jede Bemerkung ab; er glaubt er, daß das Gedächtnis seiner Leser so schwach ist, daß sie sich nicht mehr daran erinnern werden, was er vor einer Woche über den Prozeß geschrieben hat? In dem Leitartikel der Abendausgabe vom 15. Mai führte das Blatt, nachdem es einzeln über das milde Urteil aermurmelt hatte, folgendes aus:

Dennoch ist es falsch, die Schuld daran einseitig dem Gericht zuzuschreiben. So einwandfrei war der Tatbestand keineswegs festgestellt, daß man hier ohne weiteres von einer schweren Hochverratsverbrechen reden könnte. Das Gericht kann nicht urteilen, wie die politische Leidenschaft, die unter allen Umständen Sühne für die Tat verlangt, sondern es hat gleichgültig darüber zu wachen, daß auch nur die wirkliche Schuld bestraft wird. Es darf nicht irgendein Verdächtiger, dessen Uebereiferung nicht gelungen ist, einfach als Opfer hingeworfen werden. Hohe Inzinken pflegen sich bekanntlich damit zu begnügen, wenn überhaupt nur irgendwer bestraft wird, und fragen nicht, ob der Bestrafte auch der Täter war...

Vor allen Dingen aber darf man nicht plötzlich den Grundsatze über Bord werfen, der stets ein Paladium jeder Freiheitsbewegung war, wonach niemand seinem ordentlichen Richter entzogen werden darf. Das von der „Freiheit“ verlangte Revolutionstribunal hätte einfach einen Rechtsbruch bedeutet, dem sich die Angeklagten nicht zu fügen brauchten. Auch der letzte Mann, auch der politische Gegner, auch der angeklagte Offizier hat Anspruch auf seinen gesetzlichen Richter, und läßt man diesen Grundsatze fallen, dann öffnet man allerdings Erscheinungen, wie der Verschleppung der Münchener Weiseln, Tor und Tür.

Hier hat also der „Vorwärts“ die Rechtsprechung der Gardeavallierieschützen-division, die Justizverlegen des Edenholets, verherrlicht, der „ordentliche Richter“, in diesem Falle also die Kameraden der des Rodes beschuldigten Offiziere, das eigene Reich und Blut der Mörder, sollte allein die Höchstleistung haben, die Schuldigen zu überführen und die Strafbestrafen zu üben. Was kann diesem Blatte ein Revolutionstribunal sein? Ein zusammengekaufter Dasein von Leuten, die sich nur von „rohen Instinkten“ leiten lassen. Die Militärjustiz des Edenholets dagegen erscheint ihm als der Stolz und die Blüte edelsten Membranentums.

Es ist erfindlich, daß selbst unter den Rechtslogikern sich Männer finden, die gegen den Prozeß und das Urteil, damit aber auch gegen die schwachpöhlige Haltung ihres Zentralorgans protestieren.

Vogels Beziehungen zum Polizeipräsidenten.

Eine Korrespondenz berichtet: Die Annahme, daß Oberleutnant Vogel mit Hilfe falscher Pässe, die von Deutschem Dienstmann beschafft worden sind, das Ausland erreicht hat, gewinnt immer mehr an Wahrscheinlichkeit. Binemann, der als Kaffierer wegen seiner Verfehlungen bei der Graphische Straßverfolgung zu emigrieren hatte, besaß sich im Besitz von falschen Ausweisen, um im gegebenen Augenblicke durch Flucht seiner drohenden Verhaftung zu entgehen. Binemann hat offenbar sehr gute Beziehungen zu der Poststelle des Berliner Polizeipräsidenten unterhalten. Das Polizeipräsidenten Berlin hat zwar mitgeteilt, daß offiziell keine Pässe an Binemann ausgestellt sind, doch ist es sehr wahrscheinlich, daß der ehemalige Kaffierer Freunde in der Poststelle besaß, die ihm behilflich waren. Binemann hat zu seinen ehemaligen Bekannten bei der Graphische wiederholt geschrieben, daß sein Bruder in der Poststelle des Polizeipräsidenten beschäftigt sei, und daß er infolgedessen jeden gewünschten Paß haben könne. Nach weiteren Ermittlungen ist nun allerdings ein Beamter namens Lindenberg bei den Polizeiverwaltungen von Berlin, Charlottenburg, Neukölln und Reinickendorf nicht beschäftigt, auch in den letzten Monaten nicht angestellt gewesen. Dagegen ist es sehr wahrscheinlich, daß Binemann nur deshalb die Behauptung verbreitet hat, sein Bruder sei bei einem Polizeibureau beschäftigt, um spätere Spuren zu verwischen. Es ist vielmehr anzunehmen, daß Binemann zu irgendeiner derartigen Stelle Beschäftigung unterhalten hat, die ihm die Ausfertigung falscher Ausweise ermöglichte.

Proteste der Arbeiter.

Die Funktionäre von Schwarzkopff fordern gegen die Mörder Liebflecht und Eugenburg ein Revolutionstribunal in Frankfurt auf den Frieden vertrauen sie auf die Weltrevolution, auf die internationale Solidarität der Völker.

Die gesamten Arbeiter von Orenstein u. Koppel, Spandau, fordern Stellung der Mörder vor ein Revolutionstribunal.

Das große Würfelschnappen.

Herr Doktor Adolf Köpfer hat endlich die Würfel geschnappt. Wie durch W. L. W. mitgeteilt worden, ist er zum Staatskommissar in Schleswig-Holstein und zum preussischen Konsul in Hamburg ernannt worden.

Der Adolf Köpfer ist während des Krieges hat er unter dem Kommando der Generale schönfürberische Kriegsberichte in der rechtssozialistischen Presse veröffentlicht und an seinem Teil für die Erhaltung der Kriegsbegierde gesorgt. Sein Hauptverdienst in der Revolutionszeit bestand darin, daß er nach der Wahl des Herrn Ebert zum Reichspräsidenten durch die Nationalversammlung dem vor dem Weimarer Theater versammelten Volke — 10 Erwachsene, 40 Kinder und eine Kompanie Kasperlgepöhl — dieses wichtige Ereignis verkündet hat. So findet alle treue Arbeit ihren Lohn.

Riga genommen.

Durch eine offizielle Meldung der deutschen Gesamtkommission in Libau wird mitgeteilt, daß Riga am 22. Mai von der baltischen Landeswehr erobert wurde. In der Schlacht nahmen auch die deutsche „Eiserne Division“ teil. Die Operation gegen Riga geht unter der Parole „Freiheit der Riga-Deutschen“ vor sich. Was dahinter in Wirklichkeit steckt, werden erst die noch ausstehenden Einzelheiten der neuesten „Sieges“ erweisen.

Das Frauenstimmrecht in Frankreich.

In der französischen Kammer kam es zu einer Beratung über das Frauenstimmrecht. Während die Wahlrechtskommission sich für eine Teilreform ausgesprochen hatte, beschloß das Plenum, nachdem Bissani und Briand mit heftigen Worten dafür eingetreten waren, den Frauen die volle politische Gleichberechtigung zu gewähren. Das Gesetz über das Frauenstimmrecht wurde daher von der Deputiertenkammer mit 344 gegen 97 Stimmen angenommen.

Erhöhung des steuerfreien Einkommens in England auf 5000 Mark.

Das englische Unterhaus hat anlässlich der gesetzlichen Neuregelung der Einkommensteuer einen Antrag angenommen, daß alle Einkommen unter 250 Pfund, gleich 5000 Mark, steuerfrei bleiben müssen, soweit sie auf dem Arbeitseinkommen beruhen.

Der preussischen Landesversammlung liegt ein Antrag der Unabhängigen vor, der ebenfalls die Erhöhung der steuerfreien Einkommen auf 5000 Mark verlangt. Ob er hier auch angenommen wird?

Zur Lage in München.

In München herrscht seit dem Einzuge der Koste-Garde der weiße Terror. Verhaftungen über Verhaftungen werden vorgenommen. 2500 bis 3000 Männer und Frauen, zu einem großen Teile maßlos aufgegriffen, befinden sich als Opfer des Rädelsführers hinter Gittern. Die U. S. V. D. ist noch drücklich bemüht, sie aus den Händen der Mörder zu befreien. Wie groß die Zahl der Toten ist, die dem Angriff der Regierungstruppen zum Opfer gefallen sind, läßt sich mit Sicherheit immer noch nicht feststellen. Es wird aber nicht zu hoch gegriffen sein, wenn man die Zahl der bei den Räumungen und Standrechtsgewalt gefallenen Proletarier auf 500 bis 600 schätzt. Auch die Regierungstruppen hatten starke Verluste. Gewisse Berichte über die Zahl der Todesopfer sind nicht zu erlangen, da die Behörden und die maßgebenden Militärstellen alles mögliches daran setzen, die Vorgänge zu ihren Günstigen zu verklären, die Offenheit zu idiosynkratisch.

Im Bürgerkrieg ertrug sich die Koste-Garde großer Verluste. Ein Kreis von Bankiers hat die Summe von 500 000 Mark aufgebracht, die den „Freieren Münchens“ zur Verfügung gestellt sind. Auch der Reichsrat überläßt die Mörder aus proletarischem Bedauern mit Aufmerksamkeiten und Diebeserwerbungen. Man möchte auf keinen Fall die Zahl der Truppen vermindert sehen, da man die „Rade des Proletariats“ fürchtet. Das alles ist natürlich dazu bei, das Selbstbewußtsein der Koste-Garde zu schrauben. Ihr Kustoden ist herausfordernd, und zugleich machen viele unter ihnen den Eindruck, als ob sie ihre Sargengänge rein vom Standpunkte der Geldgierigkeit betrachten. Wer am meisten zählt, dem gehen wir zur Verfügung, so ungeliebt auch

Groß-Berlin.

Neuer Geist in der Schuhmannschaft.

Wie in allen Kreisen, so macht sich auch bei der Schuhmannschaft Berlins der Jug nach links bemerkbar. Eine Juchfrist zeigt, wie auch in diesen Kreisen der Gedanke der Solidarität seinen Fuß fäste und die Schuhleute den Kampf aufnehmen, nicht nur für wirtschaftliche, sondern vor allem für politische Freiheit.

Bei dem Kriege bestand eine Schuhmannvereingung, die über den Interessen der Mitglieder nicht entsprochen. Jetzt hat ein Teil der Schuhleute sich in einen sozialistischen Verein zusammengesunden. Auf der Gründungsversammlung hielt ein Kriminalkommissar unter reichem Beifall einen sehr interessanten Vortrag über „Die Polizei im neuen Deutschland“, aus dem ein wirklich freier Geist atmete. Der Redner brandmarkte zum Schluss die einseitige Benutzung der Schuhmannschaft, als Wächterin des Kapitals.

In der Diskussion wurden alle Uebel zur Sprache gebracht und auch mitgeteilt, daß die Verantwortung dreier Punkte, welche laut Beschluß der letzten Versammlung dem Polizeipräsidenten

Die Unabhängige Sozialdemokratie und der Friede!

Zu diesem Thema sind soeben im Verlage der „Freiheit“, Berlin NW O, Schiffbauerdamm 10

2 hochwichtige Broschüren erschienen, die für jeden unentbehrlich sind, der sich mit den Friedensbedingungen eingehend beschäftigen will. Die Titel der Broschüren lauten:

Annehmen oder Ablehnen?
Die Unabhäng. Sozialdemokratie u. der Friede
Mit Beiträgen von K. Kaufsky, Gg. E. Graf, C. Ballod, A. Stein, R. Hüfording u. H. Haase
Preis 30 Pf.

Deutschland nach dem Frieden
Wirtschaftspolitisches zu den Versailler Bedingungen
Von Gg. E. Graf
Preis 30 Pf.

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen, Zeitungsaussträger od. direkt vom Verlag der Freiheit, Berlin NW O

unterschritten werden sollten, vom Präsidenten dem Ministerium des Innern übergeben worden ist, da er nicht zuständig dafür sei.

Ein Wachtmeister sprach über die Notwendigkeit der Einigung des Proletariats und griff dabei die S. P. D.-Parteilührer an, die sich dagegen sträubten und monoton von den jungen Arbeiter-sozialisten lernen könnten. Das brachte einen Vertreter der S. P. D. auf den Plan, der nun alle Schuld den Unabhängigen Sozialdemokraten nicht aufrieb, weil er zu sehr im Fahrwasser der Geheimräte schwimmt.

Große Erregung herrscht über die Humilität der Angliederung an die Freikorps. Man verlangt von den Schuhleuten, sie sollen im Alarmfall mit Stahlhelmen und Gasgranaten in feindliche Hand zu einer Kampfschlacht zusammengeführt werden. Zu diesem Zweck sei jeder Beamte schon mit einem Kasko-Ausweis versehen. Man sieht, wie weit wir es auch hier gebracht haben durch diese Regierung.

Wieterräte.

In einer vom Wieterrund Groß-Berlin einberufenen Parteibeschäftigten Versammlung am 22. Mai 1919 in der Pringensallee wurde neben sehr interessanten Vorträgen über die „Nacht- und Schattenseiten“ der Wieterräte die Frage der Wieterräte eingehend behandelt. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

1. Es müssen sofort überall Wieterräte (Wieterräte) gebildet werden, die das Interesse aller Wieterräte eines Hauses wahrnehmen sollen. Wir fordern für die Wieterräte das Rücktrittsrecht in allen Hausangelegenheiten. Bei schlechten Hausverhältnissen fordern wir das Rücktrittsrecht. Alle Zwangsverwaltungen gehören den Wieterräten. Die Wieterräte müssen beim Wieterräteamt gutachtlich geäußert werden.

Um die Wieterräte rechtlich und sachmännlich zu unterstützen und ihre Stellung zu sichern, soll die Bildung der Wieterräte innerhalb des Wieterrates Groß-Berlin als der Gesamtvertretung der Groß-Berliner Wieterräte erfolgen.

2. Weiter wurde den Arbeitslosen, Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen, die infolge ihrer Notlage die Wieterräte bilden müssen, die Sympathie ausgedrückt. Der Vorstand des Wieterrates soll wirksame Unterstützung leisten.

Für unsere Kinder!

Noch immer müssen wir wehen, wie sehr das Spiel den Kindern Lebensbedürfnis ist. Es ist für ihre Entwicklung ebenso notwendig wie das Essen und der Schlaf. Eine neue Organisation der Arbeiter-Eltern-Wand, will dafür sorgen, daß wir unsere Pflichten gegen die Kinder besser erfüllen. Der Verein hat sich die Aufgabe gestellt, Spielnachmittage, Kinderausflüge, Märchenvorlesungen zu veranstalten, Kinderheime zu gründen und Wärdereien zur Dämpfung der Schandliteratur einzurichten und Wärdereien über Erziehung und Pflege der Kinder zu verbreiten. Vor allem jedoch will er in der Neugestaltung des Schulwesens den Einfluß der organisierten Arbeiterschaft zur Geltung bringen und die Wahlen der Elternräten vorbereiten sowie alle Kräfte zusammenfassen, die für das proletarische Kind tätig sind und

tätig sein wollen. Zuschriften sind zu richten an Genossen Jacob Reich, Berlin, Libauer Straße 10, Schreibungen an Genossen Ohnawski, Berlin, Simon-Denk-Str. 22.

Die Beisetzung des Genossen Dorrenbach fand am Freitag nachmittag unter zahlreicher Beteiligung aus dem Hedwig-Litkehof in Weihensee statt. Die letzten Mitglieder der Volksmarinebrigade, die eingeweihten Begleiter der R. P. D. und zahlreich andere Teilnehmer, erwiesen dem tapferen Revolutionär die letzte Ehre. Der Geistliche nahm Anstoß an dem roten Kranze, der auf dem Grabe lag, beruhigte sich aber wieder und sprach einige „christliche“ Worte, die der Trauergemeinde aber keineswegs zusagten. Als er davon sprach, daß der Verstorbene leider keinen natürlichen Todes gestorben sei, erdnete lautes Gemurmel: „G. mordet haben sie ihn!“ Zwei Karossen trugen den Sarg nach dem Grabe. Dort hielten Genossen von der R. P. D. und ein Kamerad von der Volksmarinebrigade ehrende Reden. Sie feierten die Begeisterung des Toten für Weiberschöpfung aller. Als am 9. Dezember die Verhafteten nach dem Karstoff gebracht wurden, und als am 23. Dezember ein Wels inmitten der erstickten Karossen gefangen war, da war es Dorrenbach, der sie schloß. Nach dem man ihn durch ganz Deutschland gehetzt und gejagt hatte, hat man ihn jetzt meuchlings gemordet. Herrliche Kranzspenden legten die verschiedenen Bezirke der R. P. D. nieder, ebenso die R. P. D. Groß-Thüringens, dann die revolutionäre Arbeiterkraft vieler Groß-Berliner Betriebe.

R. P. D. Kommune Arbeiterkräfte, Montag, den 28. Mai, nachmittags 4 Uhr, Fraktionsstunde im Herrnhäuser, Sankt 20. Der Fraktionsvorsitzende der R. P. D. kommunalen Arbeiterkräfte.

Der Niederbarnimer Kreisrat setzt sich zusammen aus 21 Unabhängigen und 28 Sozialdemokraten, was wir in Ergänzung unserer dieser Tage veröffentlichten Notiz mitteilen.

Die Stadtstunde löst bei keen Einbildungen zur Kirchensteuer es an der nötigen Gewissenhaftigkeit fehlen. Noch immer sind die Fälle sehr zahlreich, daß Personen zur Kirchensteuer veranlagt werden, die schon seit Jahren aus der Kirche ausgestiegen sind. Aus den Kreisen des Personals kamen lebhaftest Klagen über das selbstherrliche Vorgehen des Direktors Dehne. Er bestand es fertig, den mit ihm verhandelnden Gewerkschaftsvertreter nach seinem Glaubensbekenntnis zu fragen, das doch mit dem wirtschaftlichen Fragen des Personals nicht das Mindeste zu tun hat.

Arbeitsunfähige Kranke, die bei den heutigen hohen Lebensmittelpreisen auf das Krankengeld angewiesen sind, befinden sich in der jämmerlichsten Lage. Sie wissen weder aus noch ein, wie sie mit dem langen Wochengeld auskommen sollen. In verschiedenen Zuschriften an und kommt zum Ausdruck, daß auf diesem Gebiete eine Änderung erforderlich ist.

Der Arbeiterrat Reinickendorfer hat an Bildungsfragen interessierte Mitglieder der kommunalen Arbeiterkräfte und Gemeindevorstellungen der nächsten Woche zu Montag, den 20. Mai, abends 8 Uhr, im Wittenauer Rathaus zu einer Besprechung über Volksbildungsfragen. Des Reinickendorfer wird über die proletarischen Kulturbestrebungen in den Gemeinden sprechen. Vorlegenossen, die auf die Kulturarbeit ihrer Gemeinden Einfluß haben, sind herzlich eingeladen.

Neue Geschäftsleiter werden eingerichtet in Wilmersdorf, Ede Liebenburger und Gunter Straße. Die amtliche Bezeichnung für den Bezirk südlich der Liebenburger Straße ist „Oliva“, für den nördlich „Vismara“. Für Charlottenburg Ede Saar und Frederikstraße „Westeind“. Für Friedenau am Wilmersdorfer Platz „Reingau“.

Ermondung eines italienischen Freizeithändlers. Der frühere Musiker Pasquale Gallo, geboren am 11. 8. 1863 zu Neapel, der seit September 1915 im Hause Lothringer Straße 78 wohnte und dort seit einiger Zeit einen Handel mit Fleisch und Almonaten betrieb, wurde gestern vormittag in seinem Laden ermordet aufgefunden. Der oder die Täter hatten ihm Arme und Beine mit Stricken gebunden und ihn dann durch einen Anedel den sie ihm tief in den Hals gestochen hatten, erstickt. Dem Ermordeten sind 17 000 Mark, die er in einer Ortschaft auf der Deut trug, geraubt worden. 2000 Mark in Kriegsanleihe haben die Täter liegen lassen. Gallo war seit 1897 mit einer Berlinerin verheiratet. Altem Ansehen nach kommen zwei Männer als Täter in Frage, die gestern morgen um 10 Uhr den Laden betreten und dort mehrere Posten bis verzehten. Der eine von ihnen trug Polizeiform, der andere selbstgezeichnete Soldatenuniform. Auf die Ergreifung der Täter ist eine Belohnung von 2000 Mark ausgesetzt.

Geez von Kesselfeld spricht am Sonntag vormittag 11 Uhr in der „Wohlfahrt“, Reinickendorfer Straße, und am Montag abend 7 Uhr in der Schloßbauerei Schöneberg, Hauptstraße. In beiden Versammlungen lautet das Thema: Deutschlands Schicksalsfrage und unsere Aufgabe an ihr.

G. P. U. nächste Sitzung nicht am Sonnabend, sondern Donnerstag, 29. Mai, nachmittags 5 Uhr, im Dortheimhölischen Realgymnasium.

Zentrale für die Einigung der Sozialdemokratie, Rauhk 11, Sonntag, vormittags 10 Uhr, öffentliche Besprechung in der großen Aula des Realgymnasiums, in der Kaiser-Friedrich-Straße. Referenten: Girdel (U. S. P. D.) und Edward Bernstein (S. P. D.).

Lebensmittellisten.

Oberschnewede. Gegen Abkempfung der laufenden Jugendhosenkarte werden im Zimmer 68, Trübsendstraße 9, besonders Jugendhosenkarten der Gemeinde ausgeben. Die alte Jugendhosenkarte muss nach den vorhandenen, oberen Abschnitt 41 beilegen und H ausgefüllt. Eine sechs Menge vorzüglicher Biergemälde (Weißbrot) wird abgegeben.

Rosowen. 200 Gramm Draupen auf den Abschnitt R. 20 des Lebensmittelkarte, 200 Gramm amerikanisches Weizenmehl auf den Abschnitt R. 4 der Einfuhrkarte, 1 Paket Zwieback auf den Abschnitt R. 34 der Lebensmittelkarte für Jugendliche, 100 Gramm Apfelsin auf den Abschnitt R. 50 der Lebensmittelkarte, 100 Gramm Karotten oder Mörgemälde auf den Abschnitt R. 60 der Lebensmittelkarte, 50 Gramm Paprika, 50 Gramm Kimmel, 10 Gramm Leberbrot auf den Abschnitt R. 61 der Lebensmittelkarte. Die Karteninhaber haben am 24. und 25. die Kartenabschnitte 28, R. 4, 24, 50, 60 und 61 bei dem Kleinhandler abzugeben.

Die Ausgabe neuer Altkarten gegen Vorlage der Altkartenkarte bzw. des Bewilligungsscheins erfolgt am 27. für die Bezirke 1, 2, 3, am 28. für die Bezirke 4, 5, 6, 7, am 29. für die Bezirke 8, 9, 10, am 31. für die Bezirke 11, 12, 13, Potsdamer Tor, Sabelberg und Bergstrassen von 3-1 Uhr.

Spiel und Sport.

Freie Turnerschaft Charlottenburg eröffnet heute abend 8 Uhr eine Schülerausbildung in der Realschule Curichstraße. Die Kinder lernen in derselben Turnhalle Dienstag von 6-7 Uhr. Die Abteilungen werden von tüchtigen Turngenossen geleitet und bitten die Eltern, ihre Kinder an den Übungsstunden teilnehmen zu lassen. Die Männerabteilung ist am Dienstag und Freitag von 8-9 1/2 Uhr in der Turnhalle der Handwerkerstraße, Wilmersdorf, Straße 106. Die Frauenabteilung turnt in der Garmischstraße, Krummstraße (Wohnort), Freitag von 8-9 1/2 Uhr abends. Mittwoch abend von 8 Uhr an Polstisch auf dem Markt, Spielplatz an der Reiterstraße. Sonntag, vormittags 9 Uhr, auf dem Markt, Spielplatz Westend. Freunde und Anhänger von Leibesübungen sind hierzu eingeladen.

Freie Turnerschaft Reinickendorfer hält am Sonntag in den Wilmersdorfer, Sankt 20, einen Abendsabend der Schüler- und Schülerinhaber ab. Anfang der Besprechungen 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Freunde und Verwandte der freien Turnerschaft sind hierzu eingeladen.

von aus Nieme und verdrängt. Das Karyotyp ist ziemlich locker und bei weitem nicht so, wie es in der Öffentlichkeit darzustellen beliebt wird.

Die Parteibewegung der U. S. P. hat große Fortschritte gemacht. Sehr viele Intellektuelle sowohl wie Arbeiter, die den Sozialisten nachliefen oder sich zur kommunistischen Partei schloßen, sind bekehrt. Immer weitere Kreise erkennen, daß nur die Link der U. S. P. dem Proletariat den Sieg verschaffen kann. Die Mitgliederzahl der U. S. P. ist auf 10 000 angewachsen. Die „Neue Zeitung“, unser Münchener Parteigewächs, wird in ca. 35 000 Exemplaren verkauft. Die Proletariermassen sammeln sich unter unserem Banner und in diesem Zeichen werden sie stehen.

Der Gewaltstreik in Schöneberg.

Über eine Gewaltdemonstration, die sich die Rosttruppen am Donnerstagabend in Schöneberg bei der ungeführten Auflösung einer Versammlung leisteten, werden uns noch eine ganze Reihe von Einzelheiten berichten. Die „zuständigen Stellen“ sind wieder die Öffentlichkeit über die wahren Ursachen der Vorgänge irren zu führen. Es steht aber fest, daß die Provokation lediglich von den Regierungstruppen ausging. Der Hauptanlaß zu dem Vorgehen scheint in der Person des Hauptmanns von Beetzfelde gelegen zu haben. Es ist ja bekannt, daß dieser Mann wegen seiner aufrichtigen Wahrheitsliebe von den militärischen Offizieren bitter gehaßt wird. Daß man gegen die Versammlung gleich Maschinengewehre aufzuführen ließ, charakterisiert die traurigen politischen Zustände und die Rechtslosigkeit, in der wir uns unter der Regierung Ober-Scheidemann befinden, deutlicher als alles andere.

Als der Hohenzoller noch auf dem Thron saß, genügten ein paar Schulleute für die Auflösung einer Versammlung. Der Rost aber löst eine halbe Kompanie schwer bewaffneter Soldaten aufmarschieren und bedroht dadurch eine ungeheure Gefahr für die öffentliche Sicherheit heraus. Es ist bezeichnend, daß von der Autonomen, die zum Schutze der demokratischen Versammlung, in die sich einige Teilnehmer der aufgelösten U. S. P. Versammlung begeben hatten, aufgehoben wurden, auch ein Sanitätsauto mobil folgte! Man rechnete also von Bomben mit Toten und Verwundeten! Das ist nicht zum Blindersehen gekommen ist, lag an der Disziplin der Versammlungsbeführer. Das militärische Aufgebot war vollkommen überflüssig. Ein Teil unserer Genossen hatte mit dem Leiter der demokratischen Versammlung vereinbart, daß unsere Anhänger Zutritt bekamen. Genosse Jacob sprach in der betreffenden Versammlung sogar 1/2 Stunde in der Diskussion. Einigen demokratischen Schatzkammern scheint aber die Kameradschaft unserer Genossen, trotz der getroffenen Vereinbarungen, nicht in den Raum gepaßt zu haben. Auf ihr Ersuchen eilten die Rost-Künger zum Schutze der neuen „Freiheit“ herbei, das inaktiven Maschinengewehre, Schaulustler gingen dabei in die Kammer, und obwohl die Arbeiter, die sich ruhig auf der Straße bewegten, die Truppen in keiner Weise provozieren, wurden verschiedene Verhaftungen vorgenommen. Wohin die Opfer verschleppt worden sind, steht zur Stunde noch nicht fest.

Daß ein durch nichts heraufbeschworener militärischer Gewaltstreik vorliegt, geht auch aus der Nachricht einer zuverlässigen Zeitschrift hervor. In dieser wird festgestellt, daß Schöneberger Einwohner, die Gegner der radikalen Parteien sind, einmündig bekunden, daß die Einwohnerstadt Schöneberg nicht den geringsten Anlaß zu dem militärischen Vorgehen gegeben hat. Die militärische Schulle, die den Heberfall sehr zu rechtfertigen versucht, behauptet, es seien nur Schredschüsse abgegeben worden. Man kennt diese Art von Schredschüssen! Ausgleich wird behauptet, die Truppen seien aus den Häusern beschossen worden. Das ist eine glatte Lüge. Es ist nur von Regierungstruppen geschossen worden. Um diese nicht würdige Schieberei zu rechtfertigen, werden Schüsse aus den Häusern ebenfalls erfunden. Wir protestieren gegen diese Provokation friedlich der Bürger mit aller Entschiedenheit. Sie stellt einen Machtspruch gegen eine politisch unbewusste Partei dar, und bildet einen neuen Beweis dafür, daß das Militär sich im neuen Deutschland wieder allmächtig fühlt. Daß die „Berliner Volkszeitung“ begünstigt die militärischen Seiten der Schuld an diesen Vorgängen. Sie schreibt:

Es ist doch das Ungeschick unserer Behörden ungenügend von der Staatsform ist. Aber die Regierung trägt die Schuld und vor allem die Verantwortung für solche Verfehlungen. Sie ist doch dafür, daß ihre untergeordneten Organe sich nicht wie die Geister in Vorstellungsarbeiten bewegen. Der Fall steht ja nicht verdingelt da. Wir erinnern an Berlin und Brandenburg. Schließlich leben wir in einer demokratischen Republik, in der die Meinungsfreiheit verdrängt sein sollte. Wenn man aber gegen die elementarsten Grundzüge der Freiheit fortgesetzt verfährt, dann entsteht innerpolitisch eine Atmosphäre, in der es so leicht zu Entladungen kommen muß. Es wird höchste Zeit, daß mit diesem System härtester Gewaltanwendung endlich gebrochen wird.

Sogar der „Vorwärts“ findet den Mut, sich zu einem Protest aufzurufen. Er bezeichnet das Verhalten der Versammlung als zu unecht erfolgt, wendet sich gegen die Aufhebung eines Apparats, der die ganze Stadt in Unruhe gebracht hat und sagt, daß ein lehrreiches Vorgehen nur vorüberdauern sollte.

Unsere Schöneberger Genossen werden im Abglen den Oberbürgermeister von Schöneberg, der an den Vorgängen mit beteiligt ist, zur Verantwortung ziehen.

Die Öffentlichkeit hat bisher noch nichts darüber erfahren, ob und wie die Regierung die verkehrliche Handlung von Offizieren und Soldaten, die in Stellung durch Dandgranaten ein Verbot auf eine friedliche Versammlung unternahmen, geahndet hat. Auch über die Bomben der Vorgänge, über die wir gestern eingehend berichteten, schweigt sich die Regierung aus. Aufsehend soll gegen die Militärischen, die sich solche Verbrechen geschehen lassen, nichts unternommen werden. Es ist auch besorgniserregend, daß das Reichliche Telegramm den Tureau, was sonst sofort mit einer Verächtigung zur Hand ist, wenn es gegen die „Freiheit“ geht, diesmal schweigt, trotzdem wir ihm nachgewiesen haben, daß es aus einem von seiner eigenen Bomben- und Niederlassung verbreiteten Bericht eine Stelle herausgelassen hat, die geeignet ist, den Mutigen Vorfall in der Versammlung aufzuheben.

Die „Berliner Volkszeitung“ fordert ebenfalls, daß sowohl das Wolff-Bureau Rede und Antwort sehen muß, warum es einen entstellten Bericht verbreitet hat, und ferner, daß hergestellt wird, von wem das Dandgranaten-Verbot aus der Versammlung ausgegangen ist. Das Blatt erklärt jedoch, daß die an dem Bericht vorgenommenen „Entmilitarisierung“ es zwingt, den weiteren Darstellungen der Angelegenheiten sehr skeptisch entgegenzutreten. Der „Vorwärts“ ist allerdings auch in diesem Falle sehr viel bescheidener als das bürgerliche Blatt. Er macht seinen Bezug von der Fälligkeit des Wolff-Bureaus keine Mitteilung.

Ledebour vor den Geschworenen

Die Justiz im Ledebour-Prozess hatte am Freitag die Urteile vor der Revolution abzuwecken.

Ledebour's Verteidiger stellten den Antrag, ihn aus der Untersuchungshaft zu entlassen, in der er wegen Mordverdachts gehalten wird. Die Richter haben ihn diese erste Phase des Prozesses vor sich gesehen und gehört. Er führt die Sache der proletarischen Revolution; ihrer Erklärung und ihrer Rechtfertigung dienen alle seine Darlegungen. Als ein Stück der Revolution selbst steht er vor ihnen, um sie zu kämpfen. Der Anwalt Laate Ledebour und das Ziel seiner Freisprechung treten vollständig in den Hintergrund. Er entrollt seine ganze revolutionäre Tätigkeit, er vertritt nicht, ohne Rücksicht auf die etwaige strafrechtliche Wirkung.

„Ich stehe“, so erklärt er, „auf dem äußersten Vorposten der Revolution, und mir ist die Aufgabe anzuweisen, diesen Posten zu halten bis zum Ende, wie im Krieg ein Führer einen solchen Posten zu verteidigen hat mit Einsatz seines Lebens. Dieser Aufgabe bin ich mit Bewußt und werde ihr gerecht bleiben.“

Durch den Schwurgerichtsakt geht ein Empfinden von der persönlichen Bedeutung dieser Worte, und niemand weicht davon, auch an der Justiz könnten sie nicht kurios überhört werden. In diesem armen Augenblick muß auch sie sich über den Akt erheben und anerkennen, ein Instrument der politischen Zweckmäßigkeit zu sein.

Die Richter ziehen sich zurück und beraten mehr als anderthalb Stunden lang. Der erhebende Hauch der Revolution, den Ledebour's Worte in das Beratungräucherzimmer wehen, zerfließt und zerbricht, je länger sie beraten. Der alte Drill und die Erwägungen des vorrevolutionären preussischen Strafrichters stellen sich wieder ein und lenken und bestimmen die Gedanken und Handlungen der Richter. Endlich verkündet der Vorsitzende: Der Antrag auf Haftentlassung wird abgelehnt. Das Gericht erlaubt dem Angeklagten, daß er sich im Falle der Freilassung der weiteren Verhandlung nicht entziehen wird, doch wird aber der Verdacht der Flucht im Falle seiner Verurteilung nicht beseitigt.

Die Verteidiger nehmen das Gericht beim Wort und betonen hierauf, Ledebour während der weiteren Verhandlung bis zur Urteilsfällung aus der Haft zu entlassen.

Wiederum folgt eine lange Beratung, und beim Wiedereröffnen des Gerichts erscheint die alte politische Strafjustiz mit den alten Formeln, die ihren Klassencharakter vermissen lassen. „Der Antrag wird abgelehnt, weil ohne Rücksicht auf das Verhalten des Angeklagten der Verdacht der Flucht besteht, solange mit der Möglichkeit der Verhängung einer höheren Strafe gerechnet werden muß.“ Das Gericht weist dem Angeklagten, daß er sich im Falle der Freilassung der weiteren Verhandlung nicht entziehen würde — der Verdacht der Flucht während dieser Zeit bleibt bestehen.

Es war eine tiefe Wahrheit, die Genosse Ledebour am ersten Tag der Verhandlung aussprach: „Wenn die Regierung möchte, daß ich fliehen würde, dann wäre ich entlassen. Weil sie weiß, daß ich nicht fliehe, deshalb werde ich in Haft gehalten.“

Und die Revolution? In ihren ersten Tagen sah sie sich in den Beratungräumen der Justiz. Jetzt aber steht sie wieder draußen. Kostentruppen mit Maschinengewehren werden ihr den Eintritt. Wie lange noch?

Fünfter Verhandlungstag.

Nach der Eröffnung der Sitzung stellt Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld einen Antrag auf Haftentlassung des Angeklagten Ledebour. Er begründete ihn wie folgt:

Die Haft ist ein schweres Unrecht gegen den Angeklagten. Sie besteht weder aus Mordverdacht noch Mordverbrechen. Ein Mann wie der Oberleutnant Vogel kann fliehen, aber eine politische Persönlichkeit, wie Ledebour, dessen ganzes Leben im Dienste der Menschlichkeit gestanden hat, denkt an keine Flucht. Er hat bei seiner Vernehmung die volle Verantwortung für seine politische Tat auf sich genommen. Die

Stimmung des Volkes,

wie auf dem Märktorgel und bei den jüngsten Straßendemonstrationen deutlich zum Ausdruck gekommen ist, verlangt die Freilassung Ledebour's als sein Recht. Däumig, der unter der ersten Anklage steht, ist aus der Haft entlassen worden. Es widerspricht der Gerechtigkeit und dem Volksempfinden, daß zwei Angeklagte unter derselben Anschuldigung verschieden behandelt werden.

Staatsanwalt Dr. Gysae: Von einem Unrecht gegen den Angeklagten kann keine Rede sein. Die Höhe der zu erwartenden Strafe rechtfertigt Mordverdacht und Haft. Das Kammergericht habe darum zu Recht die Beschwerden des Angeklagten abgelehnt, die Haft als unbegründet zurückgewiesen. Gewiß komme die Haft mit einem Ozeandampfer zur Zeit nicht in Frage, aber die politischen Verhältnisse in Deutschland ermöglichen es dem Angeklagten, sich innerhalb des Landes zu verbergen. Auch der Freund des Angeklagten, Scholze, ist nicht entlassen.

Rechtsanwalt Dr. Herzfeld: Der Angeklagte ist von einer politischen Stelle während schwedender Verhandlungen ohne seine politische Ideale, Ledebour ist eine historische Persönlichkeit, die die revolutionäre Aktion, zu der er sich bekennt, nicht verlassen kann und wird. Die jetzige Phase der Revolution ist in diese Stellung gedrängt, die er freiwillig nicht räumen wird.

Die er freiwillig nicht räumen wird. Die er freiwillig nicht räumen wird. Die er freiwillig nicht räumen wird.

hat rein schematisch nach den Akten, ohne die Person des Angeklagten zu kennen, entschieden. Sie, meine Herren, haben die Persönlichkeit des Herrn Ledebour in diesen Tagen kennen gelernt. Sie haben vernommen, wie er die volle Verantwortung für seine Handlungen auf sich nimmt, wie er über seine Tat wie über die Tat eines Fremden referiert hat. Er hat sich als Revolutionär bekannt und erklärt, daß er den Einsatz zum Zwecke der bedrohten revolutionären Errungenschaften erhoben habe. Er wird Vertin, den Schanplatz seiner mehr als dreißigjährigen politischen Tätigkeit, den Mittelpunkt der revolutionären Bewegung, nicht verlassen. Die Haft ist bei dem Alter des Angeklagten

eine grausame Maßregel.

Wir wissen, daß wir von Ihnen, als einer vormaligen königlichen Behörde, keine Sympathien zu erwarten haben. Wir fordern nur für den Angeklagten sein Recht. Die Staatsanwaltschaft handelt nach den Weisungen ihrer politischen Vorgesetzten. Rechtliche Gründe für seine Haft bestehen nicht. Wenn Ledebour dennoch in Haft gehalten wird, so ist dies ein politischer Skandal. Vorsitzender: Dieser Ausdruck ist nicht zulässig, ich erübe ihn.

Ledebour: Es ist von dem Herrn Staatsanwalt im Anschluß daran, daß meine Verteidiger den Antrag auf Haftentlassung gestellt haben, zurückgegriffen worden auf das Verhalten anderer meiner Freunde, die sich in ähnlicher Lage befunden haben wie ich. Es ist von meinen Verteidigern zu meinen Gunsten geltend gemacht worden, daß bei mir unter keinen Umständen ein Mordverdacht vorliegen könne. Es darf aber auf meine Freunde, die sich der Regierung nicht gestellt haben, kein Vorwurf fallen. Ich erkläre daher folgendes:

Eine generelle Verpflichtung für einen Revolutionär, sich unter allen Umständen den Häschern auszuliefern oder vor Gericht zu stellen, d. h.

den Feinden seiner Klasse sich preiszugeben,

erkenne auch ich nicht an. Unter Umständen hätte ich genau so gehandelt, wie die anderen Herren. Das halte ich für notwendig — besonders meinem Freunde Scholze gegenüber, den der Herr Staatsanwalt selber namhaft gemacht hat — zu erklären. Scholze ist ein unbedingt zuverlässiger Charakter im Sinne unserer revolutionären Aufgabe. Wenn ich mich hier stelle und erkläre, daß ich unter keinen Umständen fliehen werde, so ist dies in den besonderen Verhältnissen begründet, in die die geschichtliche Entwicklung mich gebracht hat. Ich besitze mich gewissermaßen auf dem äußersten Vorposten der revolutionären Bewegung. Ich bestünde mich, wenn ich ein militärisches Beispiel annehmen kann, in der Position eines Soldaten oder Kommandanten auf einem wichtigen Vorposten, dem die Aufgabe zugefallen ist,

diesen Posten bis zum Äußersten zu behaupten

mit dem Einsehen seiner Person, eventuell seines Lebens. Dieser Aufgabe bin ich mir vollkommen bewußt und werde ihr gerecht bleiben. Ich sollte glauben, durch mein Auftreten vor Gericht den Eindruck erweckt zu haben, daß ich im Falle meiner Freilassung unter keinen Umständen fliehen werde. Sie können sich darauf verlassen, daß ich am Montag um 9 Uhr hier zur Stelle sein werde. Ich betrachte es als meine Aufgabe, an dieser Stelle die gewissermaßen zum Brennpunkt des revolutionären Kampfes geworden ist und auf die die revolutionäre Arbeiterschaft Deutschlands und der ganzen Welt blickt, meinen Kampf bis zum Ende zu führen. Ich würde Verrot begehen an der Sache, für die ich mein Leben eingesetzt habe, wenn ich meine Freilassung zur Flucht benütze und mich der Verhandlung entziehen würde.

Ich muß noch diese Gelegenheit benutzen, um einen

Appell an die revolutionäre Arbeiterschaft Berlins

zu richten. Es sollen Demonstrationen mit dem Endziel meiner gewaltigen Verurteilung geplant werden. Ich bitte daher alle meine Freunde, allen Aufforderungen zu einem Versuch, mich mit Gewalt zu befreien, nicht nachzugeben. Nicht nur weil ein solcher Versuch das Gegenteil der dem bevorstehenden würde, was meine Freunde wünschen, sondern es wäre auch unüberlegt gehandelt, weil ich durch solchen Versuch zu einer zwingenden Flucht genötigt werden würde. Ich aber muß diese Verhandlung zu Ende führen. Sodann warne ich meine Freunde eindringlich vor Aufforderungen der Lokspindel, die zu meiner gewaltigen Verurteilung ermuntern.

Einen zweiten Appell richte ich für den Fall meiner Haftentlassung nach einer anderen Seite. Ich ersuche das Oberhotel, mir im Falle meiner Freilassung

nicht seine Revolverkumant auf die Spur zu legen.

Ich werde, wenn ich inzwischen nicht befreit bin, auch auf freiem Fuße, pünktlich vor Gericht erscheinen. — Vorsitzender: Ich halte diese letzten Ausführungen für unzulässig.

Rechtsanwalt Theodor Liebknecht: Ich kann den Appell des Herrn Ledebour an das Oberhotel nur für begründet erachten. Wir Verteidiger erhalten täglich Drohbriefe, aus denen mit aller Deutlichkeit hervorgeht, daß die Führer der unabhängigen Partei ebenfalls durch mißglückte Fluchtversuche und ähnliche Mittel befreit werden sollen, wie mein Freund Karl, Rosa Luxemburg und die anderen „und Versehen“ ermordet worden sind.

Das Gericht zieht sich zur Beratung zurück und verkündet nach 15-minütiger Beratung folgenden Beschluß:

Der Antrag auf Haftentlassung wird abgelehnt aus folgendem Grunde: Der Antrag ist zurück. Der dringende Mordverdacht ist bisher nicht beseitigt. Nach dem gegenwärtigen Stande der Verhandlung ist auch die Möglichkeit einer erheblichen Verurteilung nicht ausgeschlossen. Die Untersuchungshaft wird aber nicht nur verlängert, um die Durchführung der Verhandlung, sondern zugleich auch um die Strafverurteilung zu sichern. Das Gericht glaubt dem Angeklagten, daß er sich im Falle seiner Freilassung

der weiteren Verhandlung nicht entziehen

würde, dadurch wird aber der Verdacht der Flucht für den Fall einer Verurteilung nicht beseitigt, denn der Angeklagte würde alsdann vor die Wahl gestellt, entweder für längere Zeit der Tätigkeit in der revolutionären Bewegung völlig zu entsagen oder sich ihren Dienst, wenn auch vielleicht von verborgener Stelle aus, weiter zu erhalten. Nach dieser Sachlage würde nach seinen eigenen Erklärungen eine hinreichende Sicherheit dafür, daß der Angeklagte sich einer künftigen Strafverurteilung stellen würde, nicht gegeben. Der Mordverdacht kann deshalb, wenn auch nicht verkannt wird, daß die Untersuchungshaft der Angeklagten schwer betrifft, nicht aufgehoben werden.

Rechtsanwalt Dr. Theodor Liebknecht: Ich stelle nunmehr den Antrag, Herrn Ledebour für die Dauer der Verhandlungen

freizulassen. Nach der Begründung des Gerichts sieht es fest, daß der Angeklagte sich der Verhandlung nicht entziehen wird. Die eventuelle Strafverurteilung kann das Gericht durch eine Verhaftung vor Verurteilung des Urteils sichern. — Staatsanwalt Jumbroich: Der Mordverdacht besteht auch gegenwärtig, ich halte den Beschluß des Gerichts dahin verstanden, — Rechtsanwalt Dr. Herzfeld: Nachdem das Gericht festgestellt hat, daß zur Zeit der Verhandlung kein Mordverdacht vorliegt, muß der Angeklagte nach den gesetzlichen Bestimmungen sofort aus der Haft entlassen werden.

Staatsanwalt Gysae: Diese Wiederholung der abgelehnten Anträge ist durchaus unzulässig. Ich beantrage die Fortsetzung der Beweisaufnahme.

Rechtsanwalt Obauch: Der Angeklagte hat das Recht zu verlangen, daß jede Stunde nachgeprüft wird, ob die Voraussetzungen der Untersuchungshaft noch vorliegen.

Ledebour: Den Ausführungen meiner Verteidiger schließe ich mich völlig an. Ich beantrage meine Freilassung während der Verhandlungen. Das Gericht ist ja in der Lage, falls es einen Mordverdacht vor der Strafverurteilung annimmt, mich am Ende der Verhandlung, vor Verkündung des Urteils durch die hier im Saale befindliche bewaffnete Macht wieder in Haft zu nehmen.

Rechtsanwalt Liebknecht: Aus der Begründung der Ablehnung des Haftentlassungsantrages geht mit aller Deutlichkeit hervor, daß die Ablehnung nicht von Vorschriften der Strafprozedur geboten, sondern

aus politischen Motiven erfolgt ist.

Vorsitzender: Dieser Vorwurf der Parteilichkeit verleiht die Würde des Gerichts: Herr Staatsanwalt, haben Sie etwas zu erklären? — Staatsanwalt Jumbroich: Ich beantrage gegen den Rechtsanwalt Dr. Liebknecht wegen Ungebühr eine Ordnungsstrafe von 100 Mark. Dieser Vorwurf ist kein politischer Vorwurf.

Die Staatsanwaltschaft hat keine Weisung einer politischen Stelle erhalten. Ich habe nur von meinem vorgesetzten Anwaltsamt bekommen. Die Neuhering des Rechtsanwalts Liebknecht gegen den unabhängigen Richter Parteilichkeit vor. Er verletzt die Würde des Gerichts. — Rechtsanwalt Liebknecht: Ich halte meinen Standpunkt sachlich für begründet. — Advokat Dr. Rosenfeld bittet um das Wort, was der Vorsitzende ablehnt. Rechtsanwalt Rosenfeld beantragt hierauf die Protokollierung dieser Ablehnung. Das Gericht zieht sich zur Beratung zurück und verkündet darauf, daß es den Rechtsanwalt Liebknecht in eine Ordnungsstrafe von 100 Mark genommen habe.

Darauf tritt die Mittagspause ein.

Nach der Mittagspause folgt die Beratung über den erneuten Antrag auf Haftentlassung. Der

erneute Antrag auf Haftentlassung wird abgelehnt,

weil ohne Rücksicht auf das Verhalten des Angeklagten der Mordverdacht bestehen bleibt, so lange mit der Möglichkeit der Verhängung einer höheren Strafe gerechnet werden muß und der Verdacht der Flucht besteht, solange mit der Möglichkeit der Verhängung einer höheren Strafe gerechnet werden muß.

Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld: Ich protestiere dagegen, daß die Staatsanwaltschaft gegen meinen Mitverteidiger einen Antrag auf Verhängung einer Ordnungsstrafe gestellt hat. Der § 180 des Gerichtsverfassungsgesetzes macht die Verhängung einer Ordnungsstrafe gegen einen Verteidiger zur ausschließlichen Angelegenheit des Gerichts.

Die Verhandlung wird darauf auf Montag 9 Uhr vertagt.

Preussische Landesversammlung.

23. Sitzung vom 23. Mai, 12 Uhr.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst kleine Anfragen. Auf Anfrage des Grafen Rautz (Dzial) betreffend Freilassung zweier zu Königsberg i. Pr. wegen Landesverrats verhafteter Kommunistenführer, erwidert Justizminister Dr. v. Rehnhoff: Der erste Staatsanwalt ist zu seiner Maßnahmen erst veranlaßt worden, nachdem mit einem gewissen Angriff auf das Gerichtsorganisationsgesetz gedroht worden war. Die Regierung hat sein Verhalten genehmigt, er ist bald darauf seines Amtes entsetzt worden. — Auf Anfrage des Abg. Niedt (B.) betreffend Kirchenverbände in Oberschlesien erwidert Minister des Inneren Dietrich: Es ist nicht zu bestreiten, daß unter den Einwirkungen teils der wirtschaftlichen Not, teils einer allgemeinen jüdischen Verwerfung infolge des Krieges die öffentlichen Ordnung im ganzen preussischen Staate sich in einem nicht erfreulichen Zustande befindet. Ganz besonders aber sind in Oberschlesien, namentlich unter dem Einfluß polnischer Verhörung, die öffentlichen Sicherheitsverhältnisse sehr unzulässig. Deshalb sind in letzter Zeit die Truppen in Oberschlesien vermehrt worden, und ihr energisches Auftreten, namentlich im Kreise Lubitz, hat bereits zur Ergreifung von Teilnehmern von Verbrecherbänden geführt. In einem Hott ist ein nationalpolnischer Agitator hervortretend beteiligt gewesen. Die Regierung beabsichtigt ganz allgemein, eine Reorganisation und Verneuerung der Gendarmen und die Bildung einer Zentralstelle zur Bekämpfung des Verbrechertums. Dazu sind Vorarbeiten im Gange, und in Oberschlesien werden die Truppen weiter vermehrt.

Einmütig angenommen werden Anträge des Ausschusses für Bevölkerungspolitik betreffend Erweiterung des Unterrichts in sozialer Hygiene, in der allgemeinen Therapie und betreffend Schaffung von Einrichtungen für Körper- und Gesundheitspflege in den Gemeinden.

Nunmehr wurde die erste Beratung des Nachtragskatalogs (Schaffung eines Ministeriums für Volkswohlfahrt) fortgesetzt.

Abg. Geld (D. Vp.) wendet sich gegen die Bestrebungen der Weislichen Partei.

Minister des Inneren Dietrich: Mit Beschämung muß ich feststellen, daß es Männer in Deutschland gibt, die in dieser Zeit des Unglücks ihre erbärmlichen Parteinteressen und lokalen Wünsche in den Vordergrund stellen. Sie wollen dem Vaterland jetzt in den Rücken fallen. Sie werfen sich dem Feinde zu Füßen und sagen:

Wir sind sehr schlechte Leute,

wir sollten noch viel mehr bestraft werden. (Lärm bei den Unabhängigen.) Sie suchen Sonderwege für sich herauszufinden und setzen ihre Hoffnung auf den Feind. (Stürze.) Solche Parteiungen haben es gewagt, Herrn Dietrich zu beauftragen, in Versailles für die Verhüllung eines selbständigen Sammelvers zu wirken. (Stürze.) Sie wollen sich also von dem feindlichen Deutschland trennen, weil sie glauben, dann von der eigenen Partei zu erlangen. Jeder deutschdenkende Mann muß solche Pläne mit Entschiedenheit zurückweisen. (Beifall.) Meine sozialdemokratischen Parteifreunde und die Regierung treten diesen Bestrebungen scharf entgegen. Umstürzen Sie die Regierung in ihrem Bestreben, ein einiges deutsches Volk zu erhalten. (Beifall.)

Abg. Richter (Welfe): Dieser Vorwurf ist ein abgekartetes Spiel. Wir kämpfen, so lange bis von Hannover die schmerzlichen Fahnen heruntergeholt sind, wir kämpfen weiter trotz Preußen und gegen Preußen. (Große Unruhe und Stürze.) Der Nachtragskatalog geht an den Gesundheitsausschuß.

Zu der Vorlage, die die Genehmigung der Notverordnung über die Verhängung der Amtsdauer der Konzeptsamkeit ermittelte, beantragt Abg. Stöcker (U. S.) die Genehmigung zu verweigern und die Regierung

